

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/76

22. April 1971

Frieden und Fortschritt in einem größeren  
Europa

---

Große Aufgaben und Verpflichtungen der  
Sozialdemokraten

Von Willy Brandt  
Bundeskanzler und SPD-Vorsitzender

Seite 1 und 2 / 61 Zeilen

Leutnant 70, Hauptmann 71 ...

---

Offiziere auf der Suche nach beruflicher  
Identität

Von Karl Wienand MdB  
Vorsitzender des Ausschusses Sicherheitspolitik  
beim SPD-Parteivorstand und Parlamentarischer  
Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 98 Zeilen

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Leitfaden für das Studium in der gesellschafts-  
wissenschaftlichen Weiterbildung der Offiziere  
(Der Nationalen Volksarmee) in den Monaten  
April bis Oktober 1971" (2. und Schluß)

Seite 5 und 6 / 65 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

---

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn B, Heussallee 2-10  
Postfach: 8152  
Pressenhau I, Zimmer 217-22f  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 886 040/886 047/  
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Frieden und Fortschritt in einem größeren Europa  
-----

Große Aufgaben und Verpflichtungen der Sozialdemokraten

Von Willy Brandt  
Bundeskanzler und SPD-Vorsitzender

Viele wissen: Die wirtschaftliche und technische Entwicklung sprengt die nationalen Märkte und fordert einen großen, einheitlichen Markt. Dieser Markt wurde zunächst in der Europäischen Gemeinschaft der Sechs geschaffen. Durch den Beitritt Großbritanniens, Dänemarks, Norwegens und Irlands vergrößern wir ihn hoffentlich in der nahen Zukunft auf 270 Millionen Menschen, wobei ich von vornherein unterstelle, daß es zu vernünftigen Sondervereinbarungen mit Schweden und den anderen übrigbleibenden EFTA-Staaten kommen wird.

Die wirtschaftlichen Chancen dieses großen Marktes sind eindeutig. Sie erschöpfen sich allerdings nicht in einem "Europa der Geschäfte". Vielmehr soll die Wirtschaftskraft des großen europäischen Zusammenschlusses uns erlauben, Fortschritt für die gesellschaftliche Ordnung der Europäer zu erwirken.

Auf dem Parteitag der SPD in Saarbrücken im vergangenen Jahr habe ich die Forderung aufgestellt, daß die Europäische Gemeinschaft noch innerhalb dieses Jahrzehnts zum sozial fortschrittlichsten großen Raum der Welt gemacht wird. Die deutschen Sozialdemokraten werden sich jedenfalls energisch darum bemühen - und sie werden dabei gewiß nicht allein stehen - auf den verschiedenen Gebieten der Gesellschaftspolitik fortschrittlichen europäischen Lösungen den Weg zu ebnen.

Ich halte allerdings nichts davon, dieser Politik das Schlagwort eines "sozialistischen Europas" beizulegen. Die Einigung unseres Kontinents ist eine so wichtige Sache, daß alle relevanten Strömungen unserer westlichen Demokratien zur Verwirklichung dieses Zieles zusammengefaßt werden müssen. Es bedarf der vol-

len Mitarbeit aller Kräfte, die auf dem Boden der Demokratie stehen.

Der Beitritt Großbritanniens und der skandinavischen Staaten ist unter diesem Aspekt besonders wichtig. Bei ihnen handelt es sich um Staaten, in denen die demokratischen Strukturen jenen Grad von Stabilität erreicht haben, den nur eine lange Entwicklung und ein ständiger Ausgleich von Spannungen mit sich bringt. So ist es denn auch kein Wunder, daß die öffentliche Meinung in den beitrittswilligen Staaten für die Fragen des sozialen Fortschritts und der demokratischen Kontrolle in Europa ein besonderes Interesse zeigt. Eigene Leistung und waches Interesse können für die Europäische Gemeinschaft befruchtend sein.

In den Römischen Verträgen, die der westeuropäischen Einigung zugrunde liegen, haben die sechs Gründerstaaten ihre Entschlossenheit bekundet, "durch gemeinsames Handeln den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Länder zu sichern, in dem sie die Europa trennenden Schranken beseitigen". Hier bleibt noch viel zu tun. Immerhin! Im vergangenen Jahr hat die Europäische Gemeinschaft den Sozialfonds zu einem Mittel der dynamischen Beschäftigungspolitik umgestaltet. Der Rat hat auf deutschen Vorschlag beschlossen, ein europäisches Sozialbudget aufzustellen und gemeinsame Ziele für die soziale Sicherung in allen Mitgliedstaaten zu erarbeiten. Den sozialen Fortschritt in der Gemeinschaft zu fördern, das bedeutet zugleich, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Fortschritt und soziale Sicherheit in den zurückgebliebenen Regionen eine Chance erhalten.

Erst dadurch entsteht die engere Verbundenheit der Menschen, die dem sich einigenden Europa angehören. Sie mitzuschaffen, erfordert die Mitarbeit aller sozialbewußten Kräfte in unseren Staaten. Dies gilt auch für die Kontrolle der wirtschaftlichen Kräfte, die sich im großen gemeinsamen Markt - und in der daraus werdenden Wirtschafts- und Währungsunion - entfalten.

Ich brauche kaum hinzuzufügen, daß ich die Einigung Europas auch deshalb für so wichtig halte, weil sie eine entscheidende Rolle spielen kann, um den Frieden sicherer zu machen. Wir wollen nicht eine sich abkapselnde, sondern eine weltoffene Gemeinschaft. Diese wird der sachlichen Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas die gebührende Aufmerksamkeit zu widmen haben und dadurch mithelfen können, daß wir allen Schwierigkeiten zum Trotz einer europäischen Friedensordnung näherkommen. (-/ex/22.4.1971/bgy)

(Dieser Artikel ist gleichzeitig in "Ny Politik", Kopenhagen erschienen.)

+ + +

Leutnant 70, Hauptmann 71 ...

Offiziere auf der Suche nach beruflicher Identität

Von Karl Wienand MdB

Vorsitzender des Ausschusses Sicherheitspolitik beim  
SPD-Parteivorstand und Parlamentarischer  
Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Älter als die Bundeswehr selbst ist die Auseinandersetzung um Standes- und Berufsbild des Soldaten der Bundesrepublik. Nicht zu Unrecht halten Schweizer Beobachter diese "Suche und Sucht nach weltanschaulicher Grundlegung" für eine "typisch deutsche Debatte". Sie begann in den frühen fünfziger Jahren als Disput der Traditionalisten und Reformer im Amt Blank und endet - vorläufig - mit der Denkschrift von dreißig Hauptleuten einer Division des Heeres.

Diese Studie ist die zweite Gemeinschaftsarbeit innerhalb eines Jahres, in der "selbstgestrickte" Offiziere der Bundeswehr ihr soldatisches Selbstverständnis unter Beweis stellen und mit Forderungen an die Öffentlichkeit treten. Ein Vergleich der Überlegungen der Hamburger "Leutnante 70" mit denen der "Hauptleute 71" aus Unna ist gleichermaßen aufschlußreich und besorgniserregend. Denn haben die Hauptleute, wie reaktionäre "Experten" triumphierend vermerkten, "genau den Solidarisierungseffekt erzielt, der den Thesen der 'Leutnante 70' versagt blieb"?

Ohne den Grad der Zustimmung zu beiden Denkschriften prüfen zu wollen und z.Z. zu können, ist über ihre Verfasser folgendes festzustellen:

Gemeinsam ist den um 1940 geborenen Hauptleuten und den um 1950 geborenen Leutnanten der Bundeswehr, daß der Zweite Weltkrieg für sie Geschichte ist. Gemeinsames Kennzeichen ist weiter ihre Diskussionsbereitschaft und das energische Vertreten eigener Auffassungen. Gemeinsames Merkmal ist schließlich das starke Engagement für den Soldaten-Beruf, wie sie ihn verstehen. Doch wie verstehen sie ihn? An Beispielen werden die Unterschiede deutlich.

Die Hauptleute wurden von ehemaligen Reichswehr- und Wehrmacht-Soldaten schnell und im wesentlichen auf das Militärisch-Handwerkliche beschränkt ausgebildet. Sie fühlen sich durch die "allgemeine Infragestellung der Bundeswehr an Stelle einer konsequenten Befürwortung" nach eigenem Bekunden in ihrem Beruf "verunsichert". Es fällt ihnen schwer, so zeigt ihre Denkschrift, sicherheitspolitische Fragen zu beurteilen und zu beantworten, denn darin wurden sie nur unzulänglich ausgebildet. Der unzuweckmäßig organisierte Dienstbetrieb nahm und nimmt ihnen die Zeit zum Selbststudium und zur ausführlichen Darlegung und Erarbeitung wehrpolitischer Zusammenhänge. Deshalb fordern sie eine gesetzlich zu verankernde "Erziehung zum Wehrwillen", die in jeder Schule und durch alle Rundfunk- und Fernsehanstalten erfolgen soll. Daß es eine der wesentlichen Aufgaben des Kompaniechefs ist, seinen Soldaten selbst den politischen Sinn militärischer Dienstleistungen zu erläutern, wird dabei außer Acht gelassen.

Die Leutnante wurden zwar gleichfalls noch von ehemaligen Wehrmacht-Angehörigen ausgebildet, daneben aber bereits von Nach-

wuchsoffizieren und von zivilen Dozenten in den wissenschaftlichen Gruppen der Offizierschulen. Zu ihrer fachlichen Ausbildung gehören unabdingbar auch sozialwissenschaftliche Übungen und Seminare. Sie haben gelernt, zu fragen und auch sich selbst in Frage zu stellen. Sie denken analytischer und arbeiten systematischer.

Die Hamburger Leutnante verfügen über eine genügende geistige Qualifikation, um in einer ihrer Thesen sagen zu können: "Ich will ein Offizier der Bundeswehr sein, der das (dienstliche) Verhalten eines Vorgesetzten in Frage stellen darf und sein eigenes Verhalten von Untergebenen bzw. von jedermann in Frage stellen läßt; ich möchte ein Offizier sein, der nichts selbstverständlich findet". Mit dieser Grundeinstellung stehen die Leutnante der Mentalität unserer heutigen Gesellschaft und ihrer Rekruten entschieden näher als die Hauptleute. Denn unter demokratischen Verhältnissen Verantwortung tragen, heißt - in den Streitkräften wie überall - antworten können sowie sein eigenes Tun und Lassen gegenüber Vorgesetzten wie gegenüber Untergebenen zu vertreten wissen.

Die Hauptleute wünschen sich stattdessen ein "verbindliches Bild" für die Gesamtheit der Soldaten, das bezeichnenderweise zunächst einmal die äußere Erscheinung aller Soldaten reglementieren soll: Genormte Haar- und Bartlänge und konformistische Verhaltensweise auch in der Öffentlichkeit sollen "das speziell Soldatische" aller Bundeswehrangehörigen ohne Rücksicht auf Funktion, Dienstgrad und Status zum Ausdruck bringen. Denn jeder einzelne Soldat - so die Heereshauptleute - "muß in erster Linie als Kämpfer anerkannt, nicht aber als militärtechnischer Spezialist begriffen werden". Nicht das geringste Verständnis für diese Forderung hätten aber z.B. Soldaten der Luftwaffe: dort sind über 30 Spezialisten am Boden erforderlich, um einen Spezialisten sein Kampfflugzeug fliegen zu lassen.

Auch die Heeres-Leutnante lehnen den Kämpfer-Mythos ab. Sie verweisen auf den friedenserhaltenden Zweck soldatischen Dienstes in Abschreckungsstreitkräften. "Kämpfer" nennen sie nur die Minderheit von Spezialisten, deren Funktion es ist, einem Angriff unmitttelbar mit der Waffe zu begegnen, nicht aber jene Mehrheit von Spezialisten am Fernmeldegerät, auf Pionierbrücken oder in Versorgungsfahrzeugen. Zu ihrem differenzierten Bild von den Soldaten paßt es daher auch nicht, eine "spezifisch offiziermäßige Rollen-erwartung" zu erfüllen. Sie wollen sich darauf beschränken, den funktionalen Erfordernissen ihres Berufes in und außer Dienst gerecht zu werden, beanspruchen jedoch "eine scharfe Trennung zwischen Dienst und Freizeit", um die Lebensweise, die sie sichern helfen, auch selbst auszukosten. Darauf haben Soldaten keinen geringeren Anspruch als alle übrigen Angehörigen des öffentlichen Dienstes. - Auch in Zukunft wird die "amtskonforme Lebensführung" der Soldaten vom beruflichen Selbstverständnis der Vorgesetzten abhängen. Ein angemessenes, das heißt funktionsentsprechendes Selbstverständnis unserer Berufs- und Zeitsoldaten zu fördern, liegt im Interesse unserer Sicherheit. Die Hauptleute von Unna sind mit ihren Einheiten an eine Wegegabel marschiert. Soll etwa ihre beabsichtigte Marschrichtung zu einer Anpassung der Gesellschaft an die Bedürfnisse der Armee, statt zu einer Einpassung der Bundeswehr in unsere arbeitsteilige Leistungsgesellschaft führen? Sie wollen doch wohl gewiß nicht den Soldaten zum Kämpfer zurechtstutzen, statt ihn als Fachmann in Abschreckungsstreitkräften zu entfalten? Wem diese Richtung nicht paßt, der muß den Hauptleuten helfen, sonst helfen ihnen die Reaktionäre, die Falschen in unserem demokratischen Staat, sofern sie dies nicht selbst versuchen. (-/ex/22.4.1971/ks)

Die Dokumentation des SPD-PresseDienstes

"Leitfaden für das Studium in der gesellschaftswissenschaftlichen Weiterbildung der Offiziere (der Nationalen Volksarmee) in den Monaten April bis Oktober 1971" (2 und Schluß)

---

4/ Die Aufgaben für die Führungstätigkeit der Offiziere der NVA, die aus dem Erfordernis erwachsen, die zunehmenden Potenzen der sozialistischen Gesellschaft so effektiv wie möglich in einen Zuwachs an Kampfkraft der NVA zu verwandeln./ Die Notwendigkeit einer entschiedenen Verbesserung der gesamten politisch-ideologischen Arbeit und der militärischen Ausbildung und der militärischen Disziplin und Ordnung./ Die Verstärkung der Arbeit mit dem Menschen als Voraussetzung zur weiteren Festigung der militärischen Kampfkollektive und der Erreichung kollektiver Höchstleistungen.

Zur Vorbereitung auf die seminaristische Beratung zum Thema 17 ist folgende Pflichtliteratur zu studieren: Dokumente des XXIV. Parteitages der KPdSU und des VIII. Parteitages der SED./ K. Marx/Fr. Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Abschnitt I und II. In: Marx/Engels Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 462-482./ W.I. Lenin: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky. In: Werke, Bd. 26, Berlin 1959, S. 227-280./ W.I. Lenin: Wie soll man den Wettbewerb organisieren. In: Werke Bd. 26, Berlin 1961, S. 402-414./ W.I. Lenin: Entwurf des Artikels "Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht". In: Werke Bd. 27, Berlin 1960, S. 191-198./ W.I. Lenin: Die große Initiative. In: Werke, Bd. 29, Berlin 1963, S. 408-421./ W. Ulbricht: Die Rolle des sozialistischen Staates bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus. In: Volksarmee Dokumentation, Nr. 11/ 1968, S. 12-13.

Schwerpunkte des Studiums sind: 1/ Das Klassenwesen der sozialistischen Demokratie. Die politische Macht der Arbeiterklasse als entscheidende Grundlage der sozialistischen Demokratie. Unsere Staatsmacht als politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land, die gemeinsam unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen.

2/ Die Hauptrichtungen der Entwicklung der sozialistischen Demokratie in der DDR und der weitere Ausbau der von den Werktätigen ausgeübten Macht. Die Weiterentwicklung der sozialistischen Volksvertretungen als Kernstück der Machtausübung der Werktätigen und der Festigung der Demokratie. Die wachsende Bedeutung

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

der Einbeziehung aller Werktätigen in die Planung und Leitung der Produktionsprozesse für die Entwicklung der sozialistischen Demokratie unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution./ Die Rolle des sozialistischen Rechts bei der Durchsetzung der ethischen Prinzipien und der politischen Maßstäbe der Arbeiterklasse als allgemeingültige Regeln für die gesamte sozialistische Gesellschaft in der DDR.

3/ Der Zusammenhang zwischen dem Ausbau der sozialistischen Demokratie in der DDR und der Vertiefung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei./ Die Festigung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei und die schöpferische Initiative der Werktätigen in Produktion, Wissenschaft und Technik sowie die breite Entfaltung des gesamten gesellschaftlichen Lebens. Die Bedeutung der zielstrebigem, offensiven und systematischen politisch-ideologischen Arbeit für die Vertiefung des sozialistischen Bewußtseins aller Werktätigen im Interesse der Erzielung von Höchstleistungen in der Produktion.

4/ Die Erfüllung des militärischen Auftrages in der NVA als Teilnahme an der Nachtausübung der Arbeiterklasse./ Die wachsenden Erfordernisse der Führung des sozialistischen Wettbewerbes für die Erreichung kollektiver Höchstleistungen in der NVA./ Der bewußte Kampf um Höchstleistungen im Wettbewerb "Salut 25 - jederzeit gefechtsbereit!" als sichtbarster Ausdruck des sozialistischen Denkens und Handelns der Armeeingehörigen und als Form der Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte als Bürger unseres sozialistischen Staates."

(-/ex/22.4.1971/ks)